
SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



**VIERZIG JAHRE
SACHVERSTÄNDIGENRAT**

1963 – 2003

Vom Keynesianismus zur Angebotspolitik



Foto: Prange

I. Kommt der Sachverständigenrat wirklich vom Keynesianismus?

Da ich zum Historiker wenig Neigung habe, werde ich im Verlauf der mir gewährten dreißig Minuten irgendwann aus der tiefen Vergangenheit der Anfänge des Sachverständigenrates herausfinden und die Verbindung zur Gegenwart suchen und ohnehin stets an Sie denken. Doch zunächst will ich mein Thema ganz ernst nehmen.

Das heißt: Vom Keynesianismus zur Angebotspolitik. Da stimmt doch etwas nicht. Kommt der Sachverständigenrat wirklich vom Keynesianismus und findet dann zum angebotspolitischen Konzept? Als der Rat seine Arbeit begann – 1964 –, war Deutschland wirtschaftspolitisch kein keynesianistisch geprägtes Land. Ludwig Erhard, seit eh und je auf Distanz zu Keynes, selbst die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung schien ihm lange Zeit Teufelszeug, war noch im ersten Jahr seiner Kanzlerschaft und hatte das Wirtschaftsministerium nicht einem Keynesianer in die Hand gegeben. Gewiss, in der akademischen Welt war in den zurückliegenden anderthalb Jahrzehnten die – verzögerte – Keynes-Rezeption gelaufen, und zumindest in Gestalt der Synthese mit der Neoklassik prägten Keynes' Grundvorstellungen mehr und mehr das makroökonomische Denken. Aber man muss sich auch darauf besinnen, dass das Konjunkturphänomen, dem die Keynesschen Ideen ja ihre große Aufmerksamkeit verdankten, zu jener Zeit ziemlich in den Hintergrund geraten war. Ich erinnere mich noch ganz deutlich, wie wir als junge Assistenten, wenn wir über die großen Fragen der Zeit diskutierten, namentlich solche, über die es für einen kommenden Nationalökonom zu schreiben lohnte, das Thema gravierender Konjunkturschwankungen schlicht als toten Hund bezeichneten. Mein verehrter Lehrer, Herbert Giersch, hatte sich angewöhnt, fast nur noch von Wachstumszyklen zu sprechen statt von Konjunkturzyklen. Erst ein paar Jahre später brachte die erste Rezession der Nachkriegszeit, die diesen Namen verdiente, 1966/67, wieder etwas Normalität ins Problembewusstsein. Inzwischen war dann auch Karl Schiller Wirtschaftsminister geworden und hatte mit dem Konzept der Globalsteuerung, notabene der globalen Nachfragesteuerung, die Steuerbarkeit der Konjunktur durch den Staat zur Glaubensgewissheit erhoben und damit einem zeitgemäß erscheinenden Machbarkeitsdenken den verspäteten Einzug in die deutsche Wirtschaftspolitik verschafft.

Was waren in jenen ersten Jahren die konjunkturtheoretischen Vorstellungen des Sachverständigenrates – besser: im Sachverständigenrat –, so wurde ich 1966, inzwischen Generalsekretär des Rates, vom damaligen Vorsitzenden des Theoretischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik gefragt und zu einem Referat hierüber in den Ausschuss eingeladen. Ich habe das alte Manuskript noch einmal ausgegraben und fand in diesen Aufzeichnungen

* Mitglied des Rates von 1970 bis 1985 und sein Vorsitzender von 1976 bis 1985

bestätigt, was auch in meiner Erinnerung bewahrt ist: Schon damals war nicht viel Keynesianismus in den Köpfen des Sachverständigenrates. Sie waren nicht frei davon, aber sie waren nicht voll davon.

Man erkennt das nicht ohne weiteres, wenn man die ersten Jahresgutachten flüchtig liest. Gibt es darin doch viele Sätze, die nur jemand geschrieben haben kann, der geübt, wenn nicht gewohnt ist, makroökonomische Probleme auf keynesianisch zu buchstabieren. Zumal die Prognosekapitel waren davon geprägt. Wohl notwendigerweise. Will man eine gesamtwirtschaftliche Vorausschau schreiben, so kommt man kaum darum herum, sich des Kanons zu bedienen, den das an Nachfrageaggregaten ausgerichtete Denken in Kreislaufzusammenhängen geschaffen hat.

Doch dieses Bild täuscht. Die tragenden Gedanken schon der ersten Gutachten waren, vom allerersten an, durchweg mikroökonomisch, also am Marktzusammenhang, nicht am Kreislaufzusammenhang gewonnene Gedanken; wo immer möglich waren sie ordnungspolitisch und nicht interventionistisch ausgerichtet, und in der Prozessanalyse ebenso wie bei der Erörterung der staatlichen Aufgaben dominierte das Interesse an mittel- und langfristig bedeutsamen Zusammenhängen alles Interesse an Kurzfristigem. Ich übertreibe jetzt etwas. Bewusst. Es gab ja auch Passagen in den frühen Gutachten, sogar größere, vor allem im Zusammenhang mit der Rezession 1966/67, die ganz und gar schulbuchmäßigen Keynesianismus boten. Aber ich bleibe dabei, dass dies zumindest insoweit als bloß akzessorisch bezeichnet werden darf, als es das Charakteristische der Ratsgutachten nicht ausmachte. Wir – ich sage „wir“, obwohl ich damals noch nicht Mitglied des Rates war, sondern Chef des Stabes –, wir waren uns der möglichen Spannung zwischen der konsequent mikroökonomischen Ausrichtung und Fundierung der „Credo“-Teile der Gutachten und dem makroökonomischen Ritual der noch ganz keynesianisch aufgeäumten Analysen zur Konjunktur und Konjunkturpolitik eine Zeitlang auch wenig bewusst. Vielleicht hing damit ja auch zusammen, dass sich der Sachverständigenrat trotz aller Vorliebe für die radikal mikroökonomische und wo immer möglich ordnungspolitisch getrimmte Analyse nicht dazu entschloss, dem Keynesianismus, soweit er ihm bis dahin Raum gegeben hatte, ausdrücklich abzuschwören und dem Alternativangebot in Gestalt des monetaristischen Credos zu folgen, das zu den methodologischen Vorlieben des Rates eigentlich besser passte. Milton Friedman und seine Schule sammelten damals ja schon Adepten in aller Welt. Der Sachverständigenrat schloss sich der mikroökonomisch – vermögentheoretisch und informationstheoretisch – ansetzenden Fundamentalkritik der Monetaristen an den tragenden Vorstellungen von Keynes und Keynesianern, einer Kritik, die ja die Sinnhaftigkeit konjunkturpolitischer Ambitionen überhaupt verneinen ließ, nicht an, damals nicht und auch später nicht vollständig. Ich komme darauf zurück.

Welches in den frühen Jahren genau die Gründe dafür waren, kann auch ich nicht sagen. Wenn Herbert Giersch, der einzige verbliebene Zeitzeuge, nicht Einspruch erhebt, sage ich: Selbst der Sachverständigenrat war damals infiziert vom Machbarkeitsglauben, was die Konjunktursteuerung anbelangt. Er hat ja jenen berühmten Satz, der ihm später, als er ihn – unausdrücklich – längst widerrufen hatte, immer wieder vorgehalten wurde, im 64er Jahresgutachten in der Tat drucken lassen: „Der Standpunkt, dass alle, die mehr für ihre Arbeit und ihre Erzeugnisse fordern, als der Markt zu zahlen bereit ist, es selbst zu verantworten haben,

wenn sie aus dem Markt gedrängt werden, ist so weit entfernt von den im Gesetz über den Sachverständigenrat niedergelegten Zielen, dass er hier ohne nähere Prüfung ausscheiden kann“ (JG 64 Ziffer 248).

II. Krise der Globalsteuerung in den siebziger Jahren

Ich überspringe jetzt erst einmal ein paar Jahre, weil ich ja nicht so lange reden soll, wie ich Text habe. Zu sprechen ist von der Fortbildung und vom Wandel der konzeptionellen Vorstellungen des Rates in den Jahren 1974, 1975 und 1976. Vorangegangen waren Jahre, in denen es der Bundesrepublik blendend ging, in denen den Wirtschaftspolitikern aber die Fetzen um die Ohren flogen, auch dem Sachverständigenrat übrigens, weil die Bändigung des Booms der späten sechziger Jahre nicht gelungen war. Ich setze wieder ein, nachdem der große Boom sich von selbst beruhigt hatte. Die Politik der Inneren Reformen hatte sich auf den Weg gemacht, endlich die Bezahlung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu verbessern und den Sozialstaat so lange auszubauen, bis er nicht mehr zu bezahlen sein würde. Die erste Ölpreiskrise hatte aller Welt gezeigt, mit welchem harten Schocks eine Volkswirtschaft fertigzuwerden in der Lage sein muss, und zwar Schocks auf der Seite der Angebotsbedingungen, für die man früher in den Lehrbüchern nur Beispiele wie Kriege oder Missernten hatte. Zwei langfristig denkende und also auf Solidität bedachte Bundesfinanzminister, Alex Möller und Karl Schiller, hatten resignierend die Regierung verlassen, weil sie ihren Parteifreunden nicht klar machen konnten, dass das Glück der Volkswirtschaft nicht in mehr Staatsausgaben, schon gar nicht in mehr Staatsausgaben auf Pump gefunden werden könne.

Das erste Jahr der von mir genannten Triade – 1974 – stand beim Sachverständigenrat im Zeichen der Überprüfung und Fortentwicklung der Konzepte – für die Geldpolitik, die Finanzpolitik, die Lohnpolitik –, die sich der Rat seit seinem Beginn geschaffen hatte. Noch stärker als zuvor schon wurden die Konzepte auf mittelfristige Orientierung getrimmt. Die Bezugnahme auf das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials – eine sich kurzfristig nur wenig verändernde Größe – statt auf Indikatoren der Konjunkturlage übernahm nun fast vollständig die Herrschaft, wurde endgültig zum Markenzeichen für gesamtwirtschaftliche Analysen und darauf gegründete wirtschaftspolitische Handlungsvorstellungen des Rates (ohne dass das Wachstum des Produktionspotentials schon – wie später dann – als Problemgröße erschien). Das antizyklische Moment der Wirtschaftspolitik wurde in die Rolle des nur ausnahmsweise Angezeigten verwiesen.

Es war auch das Jahresgutachten 74, in dem der Sachverständigenrat der Bundesbank den Übergang von der Steuerung der Bankenliquidität zur Steuerung der Zentralbankgeldmenge vorschlug, und zwar einer Steuerung aufgrund eines vorangekündigten Geldmengenziels. Die strikt auf Objektivierung der Geldversorgung verpflichtete Notenbankpolitik hatte nun ordnungspolitischen Rang. Dem Vertrauen, dass mit einer solchen Rollenzuweisung der Versuchung zu inflatorischem Treiben bei Löhnen und Staatsausgaben verlässlich vorgebaut, zugleich aber auch – normalerweise – genug für eine ausreichende volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage getan sei, räumte der Sachverständigenrat also kein geringeres Gewicht ein, als auch die Monetaristen es taten. Dies Element blieb Rocher de Bronze der konzeptionellen Vorstellungen des Rates. (Zur Seite gesprochen: Wie Herr Emminger mir später einmal er-

zählte, war es die Fürsprache von Bundeskanzler Helmut Schmidt – man kann ihn sonst ja nicht zu den Fans des Sachverständigenrates zählen –, die dem Vorschlag bezüglich des vorangekündigten Geldmengenziels im Zentralbankrat vorangeholfen hat.)

Der Herbst 1975 stand im Zeichen der Schlussphase der scharfen Rezession, die – als Stabilisierungskrise – der hanebüchernen Lohnpolitik gefolgt war, mit der die deutschen Gewerkschaften 1974 auf den ersten großen Ölpreisschock geantwortet hatten, einer Stabilisierungskrise, die das erste Mal mehr als einen bloß konjunkturbedingten Pessimismus ausgelöst hatte. Unser Jahresgutachten war geprägt durch eine Frage, die den Rat nun nie mehr ganz verlassen sollte: Krise der Marktwirtschaft? Wir haben die Frage damals noch in hochgemutem Ton mit einem vehement vorgetragenen Hohen Lied der „Marktwirtschaft unter zu verbessernden Rahmenbedingungen“ beantwortet – vor 29 Jahren! Diagnostiziert wurde außerdem eine Krise der Globalsteuerung. Das Konzept war durch Abusus, wie Karl Schiller – stolzer Initiator des Konzepts in Deutschland – das Erlebte später rückblickend nannte, unbrauchbar geworden. „Stabilisierung der Erwartungen“ war das Gebot der Stunde, aber von einer Politik der antizyklischen Nachfragesteuerung nicht mehr zu erwarten. Bis sie auf andere Weise zustande gebracht sein würde, musste man das Konzept beiseite legen, so der Ratschlag des Sachverständigenrates. Wir dachten damals an ein vorläufiges Beiseitelegen. Der Rat hat es aber im Grunde nie wieder richtig hervorgeholt. Stabilisierung der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, das Konjunkturproblem, trat von nun an zurück vor der Aufgabe Belebung des Wachstums des Produktionspotentials. Die wirtschaftliche Dynamik war in Deutschland notleidend geworden.

Das Konzept der Nachfragesteuerung musste vor der Destabilisierung der Erwartungen kapitulieren, die sich aus dem inflatorischen Treiben der vorangegangenen Jahre ergeben hatte, aus der exzessiven und defizitträchtigen Ausweitung der Staatsausgaben, aus dem ungemehnten Streben nach Einkommensumverteilung, das die Gewerkschaften ergriffen hatte, nachdem diese einst mit ihrer vergleichbar moderaten Art wesentlich zum deutschen Wirtschaftswunder beigetragen hatten – man sollte vielleicht, um sie nicht unnötigerweise zu loben, besser sagen: nachdem die Gewerkschaften einst mit ihrer moderaten Art dem deutschen Wirtschaftswunder nicht im Wege gestanden hatten. Diese Kapitulation traf das nachfragepolitische Konzept ins Mark. Nachfragepolitik ist ja zu bezahlen nur, wenn sie nicht in erster Linie Nachfragelücken direkt, also staatlicherseits schließen soll – dazu sind diese Lücken in Zeiten schlechter Wirtschaftslage viel zu groß –, sondern wenn sie, weil die Menschen den Wirtschaftspolitikern etwas zutrauen, in erster Linie die wirtschaftlichen Erwartungen verbessert und eben dadurch wirtschaftlichen Vorhaben der Privaten, die Zukunftsvertrauen voraussetzen, ein Fundament gibt.

Wenn ein ausgabefreudiger Staat hingegen, der Schulden wegen, die er machen muss, eher dazu beiträgt, die wirtschaftlichen Erwartungen zu destabilisieren, eben weil die Menschen mit ihm schlechte Erfahrungen gemacht haben und ihm deshalb nichts mehr zutrauen, so ist die Nachfragepolitik das viele Geld, das sie kostet, nicht wert. Sie löst keine Problem und schafft selbst neue. Dies war die Lage, in der sich der Sachverständigenrat von der Hoffnung abwandte, antizyklische Nachfragepolitik könnte die Erwartungen erfüllen, die der Gesetzgeber erst ein halbes Dutzend Jahre zuvor ins Stabilitäts- und Wachstumsgesetz

geschrieben hatte. Nicht ohne Sinn und Verstand, so hatte es geschienen. Denn das Gesetz war ja entstanden im Lichte der positiven Erfahrungen der Jahre 1966/67, als Karl Schiller es fertig gebracht hatte, mit wenig Geld viel positive Erwartungen zu stimulieren. Doch dies war leider eine Episode geblieben. Schiller ritt noch ein feuriges Pferd, das schon mit leichten Hilfen über hohe Hürden zu bringen war. Seine Nachfolger, so hat man den Eindruck, hatten es mit einer Rosinante zu tun, die selbst schärfste Sporen und auch alles gute Zureden nicht davon abhält, vor dem kleinsten Wall erst einmal ins Nachdenken zu verfallen darüber, welche Unendlichkeit an neuen Hindernissen jenseits des Walls wohl noch auf sie warten.

III. Die Entstehung des angebotspolitischen Konzepts

Wie stark die Wachstumsdynamik der deutschen Volkswirtschaft getroffen war, wurde erst nach einem Zwischenschritt – der Korrektur des steilen Abschwungs 1974/75 durch ein Jahr des fast ebenso steilen Aufschwungs 1975/76 – allmählich deutlich. Und es war diese Zeit, in der den beiden ersten Schritten des Wandels in den wirtschaftspolitischen Konzepten des Sachverständigenrates – dem Plädoyer für eine möglichst mittelfristig und nur noch ausnahmsweise antizyklisch orientierte Wirtschaftspolitik und ein Jahr danach dem Beiseitelegen der Nachfragesteuerung überhaupt – der dritte folgte, nämlich das Hinüberwechseln auf die Angebotsseite. Die Drehung von der Nachfrageseite zur Angebotsseite, was die Diagnose wirtschaftspolitischer Probleme anbelangt, scheint zunächst ganz schlicht. Geht man ein bisschen auf Distanz, kann man sagen: Angebot – das meint gesamtwirtschaftlich die Bereitschaft und Fähigkeit zu produzieren, das Produktionspotential. Nachfrage – das meint die Inanspruchnahme der gegebenen Produktionsmöglichkeiten, die tatsächliche Produktion. Das Investieren ist der im besonderen Maße janusköpfige Bereich – und zwar nicht nur oberflächlich –, und es ist der kritische Bereich. Weil das so ist, gibt es eigentlich immer Streit, ob eine gesamtwirtschaftlich bedeutsame Störung auf der Angebotsseite wurzelt oder auf der Nachfrageseite.

Man macht sich heute nicht mehr leicht klar, ein wie großer Schritt dies war. Wer sich mit Fragen der makroökonomischen Stabilität befasste, für den war es damals selbstverständlich, dass er sich in den Kategorien des Demand Managements zu bewegen hatte. Vor mir sehe ich noch Diskussionsrunden, in denen es als fast unverzeihlicher, als unprofessioneller Ausrutscher galt, wenn man es etwa wagte, bei der Erörterung von Makroproblemen der Volkswirtschaft, mit einem Argument zu kommen, das Funktionsstörungen auf der Angebotsseite mehr denn als ungünstige Rahmenbedingung ernst nahm. Ich bin mir sicher, in jener Zeit galt so etwas selbst im Kieler Institut für Weltwirtschaft noch als unfein.

Diese Diskussionskultur war es wohl, die es gleichsam wie einen revolutionären Akt erscheinen ließ, dass plötzlich die Forderung nach angebotsorientierter Wirtschaftspolitik (und nach mehr Gleichmut gegenüber Nachfragesorgen) erhoben wurde. Aber sie entstand ja vielleicht auch als Antithese. Wie auch immer, ich erinnere mich noch ziemlich genau daran, dass es Gerhard Fels war, der auf einer Sitzung des Rates im Sommer oder Frühherbst 1976 das erste Mal den Term angebotsorientierte Wirtschaftspolitik aussprach. Es war noch nicht der Name für ein alternatives Konzept, aber es war das Stichwort, das auf den Punkt brachte, was damals an Umorientierung in unseren Köpfen stattfand und nach Ausdruck suchte.

Das Jahresgutachten, das wir dann schrieben, stand – bei verbesserter, aber wieder unsicherer Konjunkturlage und jedenfalls noch hoher Arbeitslosigkeit – im Zeichen der These „Zeit zum Investieren“. Und erstmals waren die Investitionen nicht vor allem als Aggregat der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage, sondern als zentrales Element des Schaffens, Erneuerns, Verbesserns und Sicherens von Arbeitsplätzen, also als Angebotskategorie par excellence, im Fokus. Denn eine Arbeitsplatzlücke tat sich auf, Arbeitsplatzlücke – das meint einen Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten in der Volkswirtschaft, der selbst dann besteht, wenn konjunkturell lebhaft Nachfrage die Unternehmen veranlasst, alle gegebenen Möglichkeiten für mehr Produktion und Beschäftigung auch zu nutzen, zusätzliche Arbeitsplätze also erst gebaut werden müssen. (Seit Überwindung der Nachkriegsarbeitslosigkeit Anfang der sechziger Jahre hatte es sie nicht mehr gegeben.) „Vorsorge auf der Angebotsseite“ wurde wirtschaftspolitisches Leitmotiv. Es „... ist Aufgabe einer angebotsorientierten Politik, die Bedingungen für das Investieren und den Wandel der Produktionsstruktur so zu verbessern, dass wieder mit angemessenem Wachstum und hohem Beschäftigungsstand gerechnet werden darf“ (JG 76 Ziffer 294).

Sorgen über einen Mangel an Nachfrage bedrückten uns nicht. „Die Wirtschaftsgeschichte lehrt, dass oft die primären Impulse für die Expansion vom Angebot ausgehen, das selbst die Nachfrage hervorbringt“ (ebenda Ziffer 296).

Apropos: Mit dem Schlagwort „Das Angebot schafft sich seine Nachfrage“, bei J. B. Say entlehnt, haben wir in den anschließenden Jahren den größten Teil des Faches gegen uns aufgebracht. Nicht zu unserem Missvergnügen; denn der Aufruhr war ja unentbehrlich, wenn die Köpfe sich reinigen sollten.

„Der Bedarf an angebotsorientierter Politik war vom Ende der fünfziger Jahre bis zum Beginn der Investitionsschwäche gering“ (Ziffer 284). Als wir ihn 1976 zuerst geltend machten, wussten wir noch nicht, dass unzureichende Investitionen und Arbeitsplatzlücke das Thema der nächsten dreißig Jahre sein würden. Die Auffaltung des neuen Konzepts, das die Gutachten der folgenden Jahre prägte, war einerseits ein kreatives Vergnügen, andererseits aber auch mühsam. Wie tiefgreifend die die Nachfrageseite fokussierende keynesianische Theorie und das von Keynes so enorm stimulierte Denken in Kreislaufzusammenhängen das ganze Handwerk der Profession, vor allem bei der empirischen Makro-Analyse durchdrungen hatte, das merkten wir so richtig erst, als wir daran gingen, die Angebotsseite wieder in ihre Rechte einzusetzen. Was ja hieß, ein ganzes Jahresgutachten – die vielen Abschnitte, welche die sogenannte Diagnose ausmachten, schließlich die Vorausschau auf die absehbare Entwicklung –, so zu schreiben, auch von jedem Stabsmitglied das Seine ungewohnterweise so schreiben zu lassen, daß die Angebotsprobleme vom Leser wieder als die eigentlichen Probleme beim Wirtschaften gesehen wurden. Zu überwinden war gleichsam eine „deformation professionelle“. Schließlich ist nicht das Geldausgeben, das Konsumieren, nicht einmal das Produzieren mit schon vorhandenen Produktionsanlagen, sondern das Wagen ganz neuer Produktionsprozesse, das Schaffen der Anlagen und das Sparen dafür das, was beim Wirtschaften die Sache schwierig macht.

Das ist so trivial, dass man es gar nicht aussprechen mag. Doch nichts ist so trivial, dass nicht gerade besonders intelligente Menschen angereizt werden, immer wieder das Gegen-

teil als auch denkbar nachzuweisen und den Nachweis des Denkbaren dann mit dem Nachweis des Wahrscheinlichen zu verwechseln. So wird erzählt, ein hochintelligenter Ökonom habe einen Bundesfinanzminister beraten, der von Hause aus Physiker war und sich deshalb nicht richtig wehren konnte, und ihn glatt davon überzeugt, dass das Wertvollste am Käse die Löcher sind. Ich habe auch einmal einen Assistenten von dieser Art gehabt. Ein paar Jahre war er sogar Mitglied des Stabes des Sachverständigenrates. Später ging er ins Ministerium. Ist dann Staatssekretär geworden.

Zum erwähnten kreativen Vergnügen kamen wenige Erlebnisse des Bestätigtwerdens hinzu. Die deutsche Wirtschaftspolitik war in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gewiss anders als zuvor, aber eben nicht durchgreifend anders. Das Revolutionäre war fürs Ausland reserviert. Im Vereinigten Königreich begann Margret Thatcher und in den Vereinigten Staaten Ronald Reagan eine neue Wirtschaftspolitik auf der Basis verwandter konzeptioneller Vorstellungen, wobei im ersteren Fall, anders als bei uns, die monetaristische Prägung zentral war, im letzteren die Nähe zu uns sogar im neuen Begriff der Supply Side Economics zum Ausdruck kam. Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob die Amerikaner etwas davon wahrgenommen hatten, was wir in den vorangegangenen vier Jahresgutachten als Angebotspolitik ausgearbeitet hatten. Akzeptanz-geschichtlich wurde jedenfalls umgekehrt ein Schuh draus. Die Aufmerksamkeit, welche die neue Wirtschaftspolitik Margret Thatchers und die Ronald Reagans weltweit fanden, machte in Deutschland die schon älteren Ideen des Sachverständigenrats erst so richtig zum Ernstnehmen. Mein Eindruck war: Das galt selbst im akademischen Bereich.

Die regierungsseitige Aufnahme unserer frühen angebotspolitischen Gedanken war anscheinend auch von politisch hochklassigen Gründen mitbestimmt. Ich glaube, Helmut Schmidt hatte uns übelgenommen, dass wir die Gewerkschaften in jenen Jahren so scharf attackiert hatten, dass diese für längere Zeit das Tischtuch zwischen ihnen und uns als zerschnitten ansahen. Die Obersten der Gewerkschaften sprachen gar nicht mehr mit uns, und so wollte uns dann auch der Bundeskanzler nicht mehr sehen, nicht einmal zum jährlichen Ritual der Gutachtenübergabe. Ungetrübt war von Anfang an das Verhältnis zu Graf Lambsdorff. Aber es hat noch etliche Jahre gedauert, bis er selbst mit dem berühmten Lambsdorff-Papier angebotspolitisch zum Sammeln blies.

Freilich, auch wenn die Änderungen nicht so spektakulär waren wie in den beiden genannten Ländern, darf man doch eines nicht übersehen (auch ohne dass ich hier den Zusammenhang mit dem Sachverständigenrat sehr eng ziehen möchte): Seit Mitte der siebziger Jahre ist in Deutschland Wirtschaftspolitik nach dem Muster der globalen Nachfragesteuerung nicht mehr betrieben worden, Angebotspolitik allerdings auch niemals konsequent. Nach achtbarer Gegenwehr in den achtziger Jahren – Angebotspolitik war jetzt auch als Konzept hoffähig geworden – hat sich die Abschwächung der Wachstumsdynamik und mit ihr der Anstieg der Arbeitslosigkeit über die konjunkturellen Schwankungen hinweg, unaufhaltsam fortgesetzt.

IV. Abkehr vom Keynesianismus ist nicht Abkehr von Keynes

Wie schon angekündigt, will ich nun meine und Ihre Aufmerksamkeit auf eine Frage lenken, die vor allem eine akademische zu sein scheint, aber womöglich doch nicht nur eine solche ist. War die Abkehr vom keynesianischen Konzept der Nachfragesteuerung zugleich eine Abkehr von Keynes? Meine klare Antwort ist: Nein! Als der Paradigmenwechsel bei den Nationalökonomern ein ziemlich allgemeiner wurde, beinahe eine Modesache, verrissen sich viele das Maul über Keynes. Unsere Gutachten gaben dafür freilich niemals Deckung. Wir haben niemals ein Keynes-feindliches Wort gedruckt. Und das hatte seinen Grund nicht allein in dem fortdauernden Respekt vor diesem großen Nationalökonomern. Es hatte seinen Grund auch darin, dass wir uns von Keynes viel weniger losgesagt hatten als von dem, was gemeinhin Keynesianismus heißt, die Lehre, nach der es Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist und sein kann, ein gleichsam ständig zum Ungleichgewicht neigendes marktwirtschaftliches System durch möglichst virtuose staatliche Nachfragesteuerung zu stabilisieren. Diese Vorstellung haben wir aufgegeben, genauer: hatte der Sachverständigenrat nie (siehe oben). Was wir allerdings nie gelehrt haben, ist, dass es die Möglichkeit eines makroökonomischen Koordinationsversagens des Marktsystems – mit sich selbst verstärkenden einkommensbeschränkenden Prozessen – durchaus gibt. Sie ist kein allgegenwärtiges Problem, aber es gibt sie. Schon aus diesem Grunde haben wir uns auch nicht gleich zu den Monetaristen gezählt, als wir – 1974 – vorschlugen, die Bundesbank möge zu einer möglichst konsequent mittelfristig – am Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential – orientierten Geldmengensteuerung übergehen. Eine Fluchtklausel zu Gunsten des Antizyklischen – für den Ausnahmefall: wenn der Himmel einstürzt – hatten wir uns nämlich gelassen. Ich erinnere mich noch, wie dringend uns Jürg Niehans dazu geraten hatte und wir ihm gefolgt waren.

Wichtiger noch erscheint mir aber ein anderer Punkt. Auch wenn es richtig ist, dass die wirtschaftstheoretische Basis des angebotspolitischen Konzepts vor allem die neoklassische Preistheorie bildet, so gilt dies doch nicht ohne Einschränkung. Es gilt für fast alles, was Karl Schiller einmal etwas spöttisch als Bauchladen der Angebotspolitiker bezeichnet hat, für die Vielfalt der Vorhaben, mit denen der Angebotspolitiker der volkswirtschaftlichen Dynamik durch mehr Effizienz aufgrund besserer Rahmenbedingungen (institutionelle Reformen und Deregulierung zumal) aufzuhelfen versucht. Es gilt nicht für diejenigen Kategorien des angebotspolitischen Denkens, die makroökonomisch von besonderem Interesse sind, genauer, die das angebotstheoretische Denken in die Frage nach den Bedingungen für makroökonomische Stabilität einbringen. Ich spreche von der makroökonomisch zentralen Rolle der Vermögensmärkte. Hier ist der Sachverständigenrat damals sehr nahe bei Keynes geblieben. Er hat Kritik des Keynesianismus mit Argumenten von oder a la Keynes betrieben. Das betrifft die Geldpolitik, aber vor allem den zentralen Punkt der neuen Skepsis bezüglich der Wirkungsmöglichkeiten der Fiskalpolitik, und es betrifft auch die Vorstellungen bezüglich des Wirkungsweges der Lohnpolitik. Doch eins nach dem anderen!

Wenn man von dem makroökonomisch überragend bedeutsamen Bereich des Investierens zu reden hat, fühlt man sich bei Keynes, dem großen Theoretiker der Unsicherheit, allemal besser aufgehoben als bei anderen. Und ich meine das nicht nur so ganz allgemein. „Die zentrale Größe, um die es beim Makrogleichgewicht geht – und, so füge ich heute hinzu, auch

bei der Frage nach der Wachstumsdynamik einer Volkswirtschaft – ist das Maß an Zukunftsvertrauen, das in der Volkswirtschaft virulent ist, die Bereitschaft, Wechsel auf prinzipiell unsichere zukünftige Erträge zu ziehen“.¹⁴

Mit dieser makrotheoretischen Grundvorstellung blieb der Sachverständigenrat Keynes-Adept. Ich habe das selbst jedenfalls immer so empfunden und oftmals erklärt, dass ich trotz des Geldmengenkonzepts, das ich mit ersonnen hatte, auch deshalb nie reiner Monetarist geworden sei, weil kapitaltheoretisch die Liquiditätspräferenztheorie des Zinses, das Herzstück der Keynesischen Theorie, zumindest in kritischer Zeit besser als das neoklassische Paradigma zur angebotspolitischen Strategie passe. Noch einmal: Stabilisierung der Erwartungen, Zukunftsvertrauen sind die entscheidenden Kategorien! Vermögen ist Vertrauen auf zukünftige Erträge. Wer Vertrauen schafft, schafft Vermögen. Die Anlageneigung der über Geld disponierenden Leute – der potentiellen Investoren in Sachvermögen ebenso wie in Finanzanlagen – muss man heranpflegen. Sie ist im angebotspolitischen Konzept die zentrale Kategorie, soweit es um die Finanz- und Vermögensmärkte geht. Hier sehe ich keine Stelle, an der Keynes protestiert hätte.

Ebenfalls in der Vermögensmarkttheorie, in Keynes selbst, wurzelte letztlich unsere Kritik am Keynesianismus, soweit es um das ständige Drängen auf Globalsteuerung durch Fiskalpolitik ging. Im Jahre 1979 habe ich die auf die damalige Situation gemünzten Auffassungen des Sachverständigenrates einmal so zusammen zu fassen versucht, dass sie möglichst auch 2003 noch aktuell erscheinen. Das geriet ein bisschen allgemein, aber ich meine es passt noch: „Solange der wirtschaftspolitische Kredit des Staates schwer beeinträchtigt ist ..., hat die Wiederherstellung dieses Kredits Vorrang vor Hoffnungen auf staatliche Konjunktursteuerung über die Nachfrageseite; denn dieser Kredit ist Voraussetzung für deren Effizienz. Altväterliche Regeln der Solidität, die auf dem Reißbrett des Interventionismus keine guten Noten haben, wie beispielweise Höchstgrenzen der Staatsverschuldung, haben einen hohen Rang als Limitierung möglicher Unvernunft. Es gibt keinen objektiven Bedarf an dauerhaft hoher Staatsverschuldung“.¹⁵

Ein Wort noch, wie versprochen, zur Einordnung der Lohnpolitik, sprich zur Verknüpfung von Arbeitsmarkt und Vermögensmarkt! Im Hintergrund der Vorstellungen des Sachverständigenrates stand selbstverständlich immer die neoklassische Arbeitsnachfragefunktion (die ja auch Keynes im Prinzip nicht bestritten hatte): Die Arbeitsnachfrage fällt mit steigendem Reallohn. Doch wenn wir mit Rücksicht auf das Ziel eines höheren Beschäftigungsstandes um lohnpolitische Zurückhaltung warben – und das war ja notorisch der Fall –, haben wir nicht auf einen direkten Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Lohnhöhe abgehoben. Einen solchen direkten Zusammenhang gibt es in größerem Maße sicherlich nicht; schon geschaffene Produktionsanlagen werden auch bei zu hoch gewordenen Löhnen genutzt, solange die betreffenden Quasirenten nicht negativ geworden sind. Zu fokussieren ist der Einfluss der Lohnpolitik auf die Bereitschaft der Unternehmer, Investitionen zu wagen. Eine zurückhaltende, Vertrauen-schaffende(!) Lohnpolitik vermehrt die Menge an Produktion und Beschäf-

¹⁴ Sievert, O.: Die Steuerbarkeit der Politik durch den Staat; in: Weizsäcker, C. C. v. (Hrsg.), Staat und Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. 102, 1979, S. 811

¹⁵ Sievert, O. (1979), a. a. O., S. 838

tigung, die sich lohnt, und löst die entsprechenden Investitionen aus; im Zusammenhang mit dem Bau und der nachfolgenden Nutzung neuer Produktionsanlagen steigt die Beschäftigung. Schon das war keine rein neoklassische Position. Noch viel weniger die Auffassung, dass der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsstand nicht mitbestimmt werde von der Lohn/Zins-Relation. Der Vorstellung, dass die Unternehmen bei sinkenden Lohnkosten arbeitsintensivere Produktionsverfahren wählen (und umgekehrt) haben wir im Zuge der Entwicklung des angebotspolitischen Konzepts eher abgeschworen. Wir haben uns vielmehr an die österreichische Kapitaltheorie angelehnt, die bei der Erörterung des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsstandes die Kapitalgüter nicht als schon produziert, sondern – wie andere Güter auch – als durch menschliche Arbeit zu produzieren behandelt (wie auch Hicks' drittes kapitaltheoretisches Buch, anders als seine beiden ersten).

Das Mischgericht aus österreichischer Kapitaltheorie und Keynes ist zu meiner Zeit nicht mehr zu Ende gekocht worden, und als ich ausgeschieden war, hat man es dann vom Herd genommen. Ich habe das insoweit nicht zu beklagen, als ich hier selbst etwas schuldig geblieben war. Was ich beklage, ist von allgemeinerer Art. In den vergangenen Jahren habe ich zum Zustand der Nationalökonomie immer wieder protestierend angemerkt: Die Makroökonomik ist schlicht auf den Hund gekommen. Das ist mir gelegentlich fälschlicherweise als spätes Bedauern über den Niedergang des Keynesianismus ausgelegt worden. Da ist kein Bedauern. Ein Bedauern über die Abseitsposition, in die zentrale Hypothesen von Keynes gebracht worden sind, empfinde ich angesichts der gegenwärtig in so vieler Hinsicht unbegriffenen wirtschaftlichen Welt aber schon.

V. Das prominenteste Konzept des Rates, das für die Lohnpolitik, ist obsolet geworden

Man ist bezüglich der ungelösten Fragen, die in jüngster Zeit die makroökonomischen Probleme aufwerfen, bei Keynes vermutlich besser aufgehoben als bei der Neoklassik. Schlimm ist aber nach wie vor die Unausrottbarkeit des Vulgär-Keynesianismus, der einer Rückkehr zu marktgerechten Preisen für Arbeit am meisten im Wege steht. Jahr für Jahr weist die Marktlage, sprich die Arbeitslosenstatistik, aus, dass deutsche Arbeit zu teuer ist. Wieso ist da jedes Jahr am Lohnniveau noch irgend etwas zu erhöhen? Für einen Marktwirtschaftler ist da gar nichts zu erhöhen. Natürlich war es alter angebotspolitischer Grundsatz, am mittelfristigen Produktivitätszuwachs orientierte Lohnsteigerungen für beschäftigungs-neutral zu halten (soweit der gemessene Produktivitätszuwachs – das ist der Zuwachs des gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses je Erwerbstätigenstunde – nicht selbst als Folge einer Rationalisierung erscheint, die von überhöhten Löhnen angetrieben wurde). Das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik war das älteste Konzept des Rates, womöglich sogar das prominenteste. Aber es ist gleichwohl ein Beispiel mehr für ein bloß zeitgebundenes Konzept. Es ist obsolet geworden.

In einer Zeit, in der Investoren über den Standort von Sachinvestitionen nicht mehr nur ausnahmsweise, sondern vorherrschend anhand internationaler Alternativen entscheiden, ist der nationale Produktivitätsfortschritt keine hilfreiche Orientierungsgröße mehr für die Frage nach beschäftigungsneutralen Lohnveränderungen. Wenn der Produktivitätszuwachs im Ausland größer ist als im Inland (was oftmals nur heißen mag, dass das Ausland einen Produk-

tivitätsrückstand gegenüber uns verringert), wird man Beschäftigung ans Ausland selbst dann verlieren, wenn man im Inland die Löhne nur im Maße des geringeren Produktivitätszuwachses erhöht, das Ausland aber seine Arbeit nicht im gleichen Maße verteuert, wie es bei der Produktivität aufholt oder einen Vorsprung erzielt. Zudem messen wir in der Produktivität nicht alles, was im Standortwettbewerb zählt. Wir ignorieren dabei Fragen wie die nach der Verlässlichkeit der Bedingungen, nicht zuletzt der steuerlichen, der regulatorischen und der administrativen Bedingungen, die das Produktionsergebnis – betreffend Kosten, Menge, Qualität und Verwertungschancen – wesentlich mitbestimmen. Verlässlichkeit bezüglich all dessen gehört zu den hochbedeutsamen Faktoren, bei denen Deutschland als Produktionsstandort früher große Vorteile bot, Vorteile, die den Weg Deutschlands hin zu seinem hohen Rang auf der internationalen Lohnskala mit erklären. Die Vorteile bestehen vermutlich auch fort, werden aber eben geringer – weil die anderen besser werden –, ohne dass wir wie selbstverständlich zugleich unseren zuvor erreichten Lohnvorsprung entsprechend verringern würden. Es gibt Länder, in denen die Lohnkosten je Produkteinheit – also unter Berücksichtigung der Produktivitätsunterschiede – ein Bruchteil der unseren sind. Allein Unsicherheit der Produktions- und Verwertungsbedingungen erklärt, warum nicht (noch) mehr Produktion zu ihnen abgewandert ist. Bauen diese Länder solche Unsicherheit weiter ab, wird kein gewerkschaftliches Gerede über fortbestehende Produktivitätsvorsprünge Deutschlands die Investoren davon abhalten, Neuinvestitionen dort statt bei uns vorzunehmen. Kurz, Produktivitätssteigerung ist kein hinreichender Grund für Lohnerhöhungen. Man vergesse daher am besten die Produktivitätsorientierung in der Lohnpolitik und halte sich an den bewährten marktwirtschaftlichen Grundsatz, eine Sache nicht noch zu verteuern, von der man zu wenig verkauft.

Dergleichen steht leider nicht ins Haus. Entsprechend gering sind die Chancen der Arbeitlosen und von Arbeitslosigkeit Bedrohten. Im System der Festlegung von Mindestlöhnen durch kollektiv abzuschließende Tarifverträge ist deren Interesse an einem höheren Beschäftigungsstand anvertraut

- (1) den Gewerkschaften (als Vereinigung von Arbeitsplatzbesitzern) in ihrem Streben nach Tarifabschlüssen, bei denen sich nicht allzu viele Beschäftigte wegen überhöhter Arbeitskosten vom Arbeitsloswerden bedroht sehen, was die Bereitschaft zum Arbeitskampf, dem Kern der Gewerkschaftsmacht, in Frage stellte,
- (2) den Unternehmen in ihrem Streben nach Tariflöhnen, bei denen sie eine gute Chance haben, ihre Quasirenten zu realisieren, sprich, das schon investierte Kapital zurückzugewinnen, nach Möglichkeit einen Überschuss, und bei denen es sich zu lohnen verspricht, Anschlussinvestitionen in Deutschland – also unter Wahrung der Vorteile des Verbunds mit dem alten Standort – vorzunehmen.

Punkt (1) hält die Gewerkschaften im Zaum, aber offensichtlich nicht einmal genug, auch nur eine ständige Absenkung des Beschäftigungsstandes (über die Konjunkturzyklen hinweg) zu verhindern, geschweige denn, denen zu helfen, die schon arbeitslos sind.

So wird Punkt (2) zum kritischen Punkt, und hier haben sich die Verhältnisse strukturell zu Lasten der Chancen der Arbeitslosen verschlechtert. Die Macht der Arbeitgeber, ihre Ziele

zu erreichen, wird begrenzt durch die Möglichkeit des Arbeitskampfes und die damit verbundenen Kosten und Erlösausfälle. Arbeitskampf oder ein zu hoher Abschluss – das ist zumeist die Alternative, wenn sich eine Lohnverhandlung dem Ende nähert. Der Arbeitskampf bedroht mit seinen Einmalkosten in erster Linie die Wiedergewinnung der Altinvestitionen, direkt kaum die Chancen für Neuinvestitionen. Ein zu hoher Tarifabschluss hingegen trifft die Rentabilität neuer Investitionen stärker als die der alten, die nur nach Maßgabe der Restlebenszeit früher geschaffener Produktionsanlagen berührt ist. Die Verschlechterung der Rentabilität neuer Investitionen in Deutschland aber ist für den Unternehmer um so weniger bedeutsam, je näher Alternativen liegen, die sich im Ausland bieten. Und tatsächlich sind diese Alternativen immer näher gerückt. Dies ist die entscheidende Veränderung: die gewachsene Asymmetrie des Streikvermeidungsinteresses der Unternehmen bezüglich Altinvestitionen und Neuinvestitionen. Die Unternehmer verteidigen in der Tarifaueinandersetzung in Deutschland immer weniger noch das langfristige Unternehmensinteresse – ihr Interesse als künftige Investoren –, immer mehr bloß das kurz- und mittelfristige Unternehmensinteresse, ihr Interesse als Altinvestoren. Das Interesse der Arbeitnehmer hingegen, das vor allem ein Interesse am Bau von Arbeitsplätzen ist, hängt fast ganz und gar am Interesse der Unternehmen, (im Inland) zu investieren. (Bezüglich der Altinvestitionen können sie, wie schon erwähnt, sicher sein, dass die Unternehmen schon vorhandene Anlagen nutzen – selbst bei überhöhten Löhnen –, solange die Deckungsbeiträge nicht negativ geworden sind.) Zusammengezogen heißt das: Viel eher und häufiger als früher entscheiden sich vom Streik bedrohte Unternehmen in Deutschland, (im Verband) einen zu hohen Tarifabschluss hinzunehmen, vermeiden damit den Streik, der die Nutzung der alten Anlagen so stark trifft, und nehmen sich zugleich vor, neue Investitionen im Ausland vorzunehmen. Man vergegenwärtigt sich, ein wie großer Teil des unternehmerischen Potentials unseres Landes inzwischen damit beschäftigt ist, Produktionsprozesse im Ausland zu organisieren.

Dies ist gewiss nur ein Aspekt, und man darf ihn nicht ohne weiteres fürs Ganze nehmen. Ich widerstehe jedoch nicht der Versuchung, einmal auf große Distanz zu gehen und zu sagen: Die ersten fünfundzwanzig Jahre der Nachkriegszeit hatten wir in Deutschland bessere Angebotsbedingungen als der größte Teil der damals zugänglichen Welt, und wir gewannen sukzessive Anteile an Produktion, Einkommen und Beschäftigung für den deutschen Standort. Die zweiten fünfundzwanzig Jahre der Nachkriegszeit wurden offenbar in mehr und mehr Ländern der Welt die Angebotsbedingungen besser als bei uns, und wir verloren sukzessive Anteile bei Produktion, Einkommen und Beschäftigung.

Gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht? Man ist eher geneigt zu sagen, dass das Ganze nach einem sonderbaren Gleichgewicht aussieht. Auf der einen Seite stehen die dynamikfeindlichen Aktivitäten, die wir dem Land zumuten lassen; das fing schon an mit der wachstumsfeindlichen Bewegung der frühen Grünen, die im Zeichen des Club of Rome bis tief hinein ins Bürgertum reichte – Grenzen des Wachstums –, alles schwere Sünden mit schlimmen Langzeitfolgen, es dauert fort mit der Neuerungsfeindlichkeit der Besitzstandswahrer vom Dienst, den Gewerkschaften vorneweg, die ihre Macht nicht nur aus ihrer Organisationskraft ziehen, sondern sich auch stützen können auf eine breite Basis an völlig abgestandenen, um nicht zu sagen versauerten Vorurteilen zu ihren Gunsten, Vorurteilen, die mit gemütsbewe-

genden Geschichten aus dem neunzehnten Jahrhundert die Suhrkamp-Kultur ebenso prägen wie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und nach und nach aus dem Machtprivileg der autonomen Gruppen am Arbeitsmarkt, genannt Tarifautonomie, eine heilige Kuh gemacht haben. Auf der anderen Seite steht die Leidensfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft – das, was die Republik an Arbeitslosigkeit ertragen kann, ohne zu revoltieren. Es ist ein fatales Gleichgewicht, aber eben ein Gleichgewicht. Als solches kann es freilich nicht fort-dauern. Die Dynamik, die in den ungelösten Problemen des Landes angelegt ist, den demographisch bedingten zumal, wird das bekanntlich nicht zulassen. Und damit bin ich wohl endlich wieder bei etwas, über das wir übereinstimmen. Sie merken: Ich steuere auf einen moderaten Schluss zu.

VI. Wir wissen wenig

Angebotspolitisches Denken ist bezüglich der Frage nach den Ursachen wirtschaftlicher Entwicklungen und wirtschaftspolitischer Probleme eher bescheiden. Wir sollten ganz demütig bekennen: In einem einigermaßen strengen Sinne kennen wir die Ursachen dafür, dass in Deutschland die Arbeitslosigkeit seit dreißig Jahren über die Konjunkturzyklen hinweg ständig gestiegen ist, nicht. Wir wissen auch nicht, warum die Japaner, lange Zeit gerade wegen ihrer Problemlösungskapazität gerühmt, eine so überaus hartnäckige Problemphase erleben und nicht damit fertig werden. Nicht viel besser steht es mit der Frage nach den Gründen für die staunenswerte Aufwärtsbewegung in den Vereinigten Staaten während eines ganzen Jahrzehnts. Wir wissen die Antworten nicht. Begründetes, aber eben nicht in seinem Übermaß begründetes Vertrauen, das riesige Vermögenszuwächse schuf, ebenso wohl wie begründeter, aber eben nicht in seinem Übermaß begründeter Vertrauensentzug, der noch größere Vermögensverluste bedeutete, könnten in all diesen Fällen die entscheidende Rolle spielen, auch die Tatsache, dass eine Volkswirtschaft mit riesigen Vermögensgewinnen allemal besser fertig wird als mit riesigen Vermögensverlusten, zumal wenn Gewinner und Verlierer nicht dieselben sind. Das wäre eine Vorstellung, bei der man wiederum sagen müsste: Der Anhänger von Keynes könnte besser damit umgehen als ein Neoklassiker. Aber der Weg bis zu einer Erklärung im Sinne einer echten „nachträglichen Vorhersage“ wäre sicherlich auch für ihn sehr weit.

Ich bleibe also als Angebotspolitiker bei meiner Anspruchslosigkeit bezüglich Welterklärung, was ja nicht heißt, dass ich zurückhaltend bin bei wirtschaftspolitischen Forderungen. Wenn es jemandem wirtschaftlich schlecht geht, hat er Anlass, seine Ansprüche zurückzuschrauben, auch wenn er nicht weiß, warum es ihm schlecht geht. Zu behaupten, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland deshalb so hoch ist, weil die Gewerkschaften Arbeit zu teuer und fast alle Arbeitsbedingungen zu inflexibel gemacht hätten, ist anmaßend, weil – im strengen Sinne – nicht zu beweisen. Nicht anmaßend und ausreichend wahrscheinlich ist hingegen die Behauptung, dass es mehr Beschäftigung geben wird, wenn die Gewerkschaften mehr Spielraum geben für niedrigere Arbeitskosten und flexiblere Arbeitsbedingungen. Ich bitte darum, den Unterschied nicht für einen bloß geringen zu halten.